



Kriminalität

Sicherheit nur noch für reiche Bürger?

Immer mehr Privatpersonen schützen ihr Eigentum mit Hilfe von privaten Sicherheitsunternehmen. Sie trauen der Polizei den Schutz vor Einbruchsdiebstählen vor dem Hintergrund sehr hoher Einbruchs- und schlechter Aufklärungsquoten nicht mehr zu. Das Vertrauen in die Schutzfunktion des Staates und sein Gewaltmonopol schwindet.

Auch ich habe mehrfach beobachtet, dass sich Hausbesitzer und Nachbarschaften zusammenschließen und für ihre Objekte gewerbliches Sicherheitspersonal engagieren. Daher habe ich die Landesregierung nun gefragt, wie sich die Mitarbeiterzahlen in der Sicherheitsbranche entwickeln und welche Jahresumsätze gemacht werden. Es kann nicht sein, dass Sicherheit nur noch gegen Bares gewährleistet werden kann. Von daher möchte ich auch wissen, was die Regierung auf den Vorwurf antwortet, dass sie durch ihr Handeln das Gewaltmonopol des Staates gefährdet. Zudem habe ich mich erkundigt, wie viele Landeseinrichtungen von privaten Sicherheitsfirmen geschützt werden: <http://kurzlink.de/GGsicherheit>.

Pflegebedürftige

Mehr menschliche Zuwendung statt aufwändiger Dokumentation

Die CDU-Landtagsfraktion fordert daher die Landesregierung auf, die Heimaufsicht der Kreise und kreisfreien Städte im Land anzuweisen, Maßnahmen zur Entbürokratisierung der Pflege umzusetzen.

Seit langem bemängeln Pflegebedürftige, ihre Angehörigen und das Pflegepersonal, dass die Dokumentation der ambulanten als auch stationären Pflege zu viel Zeit in Anspruch nimmt. Dahinter steht die Angst vor Haftungsansprüchen und Kontrollen. So wird zu viel Zeit für das Schriftliche verwendet, die eigentlich für das menschliche Miteinander genutzt werden soll.

Wir wollen, dass nicht mehr jeder einzelne Vorgang bei der Grundpflege dokumentiert werden muss. Es hat sich gezeigt, dass so Bürokratie abgebaut werden kann, ohne fachliche Standards zu vernachlässigen, auch die Kommunikation zwischen allen Beteiligten wird dadurch nicht gefährdet.

Unseren Antrag finden Sie hier: <http://kurzlink.de/GGdokuPflege>.

Breitbandausbau

CDU fordert schnelle Umsetzung für ein schnelles Netz

Nach Berechnungen des renommierten ifo-Instituts steigt die Wirtschaftsleistung eines Landes, je mehr Haushalte an das schnelle Internet (mindestens 50 Mbit) angeschlossen werden.

Nordrhein-Westfalen braucht dringend mehr Wirtschaftswachstum, um die Schuldenbremse im Jahr 2020 einhalten zu können. Als Antrieb könnte der Ausbau des Breitbandnetzes dienen. Die Kosten sind allerdings hoch. Dennoch stellt die rot-grüne Landesregierung, trotz aller Ankündigungen, bis 2020 lediglich 60 Millionen Euro zur Verfügung – zu wenig, um allen Haushalte an das schnelle Netz anzuschließen. Zum Vergleich: Bayern investiert dazu bis 2017 zwei Milliarden Euro.

Leider hat die Landesregierung es auch verpasst, sich in den Verhandlungen mit der Europäischen Kommission dafür einzusetzen, dass Fördermittel für den flächendeckenden Breitbandausbau genutzt werden. Um diesen trotzdem voranzutreiben, pocht die CDU-Landtagsfraktion darauf, schon bestehende Infrastruktur wie Strom- oder Kanalleitungen zu nutzen.

Unser 13-Punkte-Programm finden Sie hier: <http://kurzlink.de/GGantragBreitband>.